



Bundesministerin für Frauen,
Familie, Jugend und Integration

bundeskanzleramt.gv.at

MMag. Dr. Susanne Raab
Bundesministerin für Frauen, Familie,
Jugend und Integration

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.171.606

Wien, am 5. Mai 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Brandstötter, Kolleginnen und Kollegen haben am 5. März 2021 unter der Nr. **5660/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Gleichberechtigung bei der Investition der europäischen Corona Hilfgelder durch Österreich“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 9:

1. *In welcher Form, welchem Umfang und zu welchen Themenbereichen ist die Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration in die Erstellung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans (ARP) einbezogen?*
2. *Welche Prioritäten verfolgt die Bundesministerin in ihrer Funktion als Frauenministerin in diesem Zusammenhang?*
3. *Die Fazilität wird Reformen und öffentliche Investitionen unterstützen, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie zu bewältigen und umfasst dabei sechs Säulen: Grüner Übergang; digitaler Übergang; intelligentes, nachhaltiges und grünes Wachstum; soziale und territoriale Kohäsion; Resilienz in den Bereichen Gesundheit, Wirtschaft, Soziales, Institutionen; Maßnahmen für die*

nächste Generation. In welchen Bereichen ist seitens der Bundesministerin für Frauen, Familie, Jugend und Integration geplant, Mittel für Ihr Ressort zu beantragen und Maßnahmen zu setzen?

4. *Für welche frauenpolitischen Projekte bzw. Maßnahmen sollen bzw. werden die Mittel aus dem nationalen Programm zu RFF genutzt werden (Bitte nach Namen des Projekts bzw. der Maßnahme und Höhe der Mittel differenzieren)? Insbesondere*
 - a. *um eine Schlechterstellung und Verdrängung der Frauen am bzw. vom Arbeitsmarkt zu verhindern und so die Wirtschaftsleistung Österreichs zu vergrößern?*
 - b. *um die traditionelle Rollenverteilung zwischen Mann und Frau in Österreich zu verändern?*
 - c. *um zu erreichen, dass die Verrichtung unbezahlter Arbeit fairer zwischen Männern und Frauen aufgeteilt wird, um in Folge zu erreichen, dass mehr Frauen Vollzeit arbeiten?*
5. *Gibt es konkrete Pläne seitens der Bundesministerin, die Anzahl der (Vollzeit-) arbeitenden Frauen zu erhöhen, indem bspw. Mittel für den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen bereitgestellt werden?*
 - a. *Wenn ja, wie viele?*
 - i. *Und wie viele davon werden Ganztags-Kinderbetreuungsplätze sein?*
 - b. *Wenn nein, weshalb nicht?*
6. *Wird die nationale Umsetzung des RFF dem Gender Mainstreaming unterworfen werden?*
 - a. *Wenn ja, wie umfassend wird diese Untersuchung vonstatten gehen - wer macht sie in welchem Detail und über welchen Zeitraum?*
 - b. *Wenn nein, warum nicht?*
7. *Wie viel Prozent des nationalen Programm zu RFF werden für frauenpolitische Maßnahmen aufgewendet werden?*
8. *Einbindung der Bundesländer:*
 - a. *Wurde bei den Bundesländern nachgefragt, wo frauenpolitischer Handlungsbedarf besteht und wie dieser sich am besten im nationalen Programm zu RFF niederschlagen kann?*
 - b. *Wenn ja:*
 - i. *Wann und wie fand diese Einbindung statt?*
 - ii. *Wurden bereits Forderungen vonseiten der Bundesländer bekanntgegeben? Wenn ja, welche?*
9. *Öffentliche Konsultation in Bezug auf frauenpolitische Ausgestaltung des nationalen Programms zu RFF:*

- a. *Wie sieht Zeitplan und Ausgestaltung der öffentlichen Konsultation aus?*
- b. *Welche Stakeholder sind bei der Erstellung des nationalen Umsetzungsplanes eingebunden?*
 - i. *Welche Sozialpartner_innen und sonstigen Interessenvertreter_innen wurden eingebunden, die sich speziell für die Interessen von Frauen einsetzen?*
 - ii. *Welche Unternehmensvertreter_innen wurden eingebunden, die sich speziell für die Interessen von Frauen einsetzen?*
 - iii. *Welche Expert_innen aus der Wissenschaft wurden eingebunden, die sich speziell für die Interessen von Frauen einsetzen?*
 - iv. *Welche NGOs wurden eingebunden, die sich speziell für die Interessen von Frauen einsetzen?*
 - v. *Welche sonstigen Vertreter_innen wurden eingebunden, die sich speziell für die Interessen von Frauen einsetzen?*
 - vi. *Ist eine breite Einbindung der Öffentlichkeit geplant?*
 - 1. *Wenn ja, wie und wann?*
 - 2. *Wenn nein, warum nicht?*
 - vii. *Wann und wie wurden die oben genannten Stakeholder eingebunden?*
Differenzieren Sie bitte nach Gruppen und Formaten.

Mit der Aufbau- und Resilienzfazilität hat die Europäische Union ein Instrument geschaffen, mit dem das Comeback der europäischen Wirtschaft nach der Corona-Pandemie und ihren Auswirkungen gestaltet werden soll. Dazu haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission nationale Pläne vorzulegen, in denen sie konkrete Reformvorhaben und Investitionen darlegen, die aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU finanziert werden. Die österreichische Bundesregierung hat unter Federführung des Bundesministers für Finanzen das nationale Aufbau- und Resilienzprogramm am 30. April 2021 an die Europäische Kommission übermittelt.

Die Reform- und Investitionsvorhaben des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans dienen somit nicht nur der Abfederung von wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie, sondern sollen auch zu einem nachhaltigen Wachstum beitragen. Ziel des Aufbau- und Resilienzplans ist es daher, dass die breite Gesellschaft und damit sowohl Frauen als auch Männer von den darin vorgesehenen Maßnahmen profitieren.

Natürlich spielt auch die Gleichstellung der Geschlechter als Querschnittsmaterie in allen vier Komponenten des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans (nachhaltiger, digitaler,

wissensbasierter und gerechter Aufbau) eine wichtige Rolle. Darüber hinaus finden sich im Aufbau- und Resilienzplan auch Maßnahmen wieder, von denen Frauen im besonderen Maß profitieren, beispielsweise in den Bereichen Arbeitsmarkt, Weiterbildung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Unterstützungsmaßnahmen für junge Mütter. So sollen Frauen beispielsweise durch Umschulungen und Weiterbildungsangebote für besser bezahlte Berufe in Zukunftsbranchen qualifiziert werden. Der Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten wird insbesondere Frauen dabei unterstützen wieder ins Berufsleben einzusteigen. Darüber hinaus finden sich im nationalen Plan Unterstützungsangebote für junge Mütter und Maßnahmen, um pflegende Angehörige – vorwiegend Frauen – zu entlasten.

Weitere Details finden sich im nationalen Aufbau und Resilienzplan sowie im Anhang des Aufbau- und Resilienzplans. Beide Dokumente sind unter <https://www.oesterreich.gv.at/nachrichten/allgemein/EU-Aufbauplan.html> verfügbar. Darüber hinaus darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5153/J vom 25. Jänner 2021 durch den Bundesminister für Finanzen verweisen. Im Hinblick auf den Konsultationsprozess darf zudem auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 5151/J vom 25. Jänner 2021 durch die Bundesministerin für EU und Verfassung verwiesen werden.

MMag. Dr. Susanne Raab

